

1.

*Ende Februar hat sich der Koalitionsausschuss unter anderem dazu verständigt, Teile des voraussichtlichen Haushaltsüberschusses auch für den Bereich innere Sicherheit zu verwenden. Grundsätzlich werden damit auch jahrelange Forderungen des dbb m-v und seiner Mitgliedsgewerkschaft DPolG erfüllt. Wie kam es zu der doch überraschenden Einigung?*

Ich habe bereits in meiner Regierungserklärung deutlich gemacht, dass ich das Thema „Innere Sicherheit“ sehr ernst nehme. Wir haben dann im Dezember mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 die angekündigten zusätzlichen 150 Polizeistellen umgesetzt. Die bessere Finanzlage des Landes macht es möglich, jetzt weitere 15 Millionen für die Innere Sicherheit zur Verfügung zu stellen.

2.

*Unserer Ansicht nach benötigt das Bestandpersonal schnell motivierende Schritte, wie zum Beispiel die Überarbeitung aller Zulagen, die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und die Schaffung von zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten. Welche Schritte sind geplant und wieviel Geld wird konkret kurzfristig in die Hand genommen?*

Es wird 15 Millionen Euro zusätzlich für die Innere Sicherheit geben – und das nicht nur einmalig, sondern auch in den kommenden Jahren. Innenminister Lorenz Caffier hat den Auftrag, bis zur nächsten Sitzung des Koalitionsausschuss ein Konzept zu erarbeiten, wie die Mittel am sinnvollsten eingesetzt werden. Ich führe derzeit Gespräche mit Polizeivertretern und Gewerkschaften, um mir selbst ein Bild zu machen.

3.

*Was ist Ihnen dabei persönlich wichtig?*

Ich finde es wichtig, dass wir jetzt auch einmal an diejenigen denken, die seit vielen Jahren ihren Dienst bei der Polizei ableisten, vor allem an diejenigen, die bei Wind und Wetter im Streifendienst oder bei Demonstrationen im Einsatz sind und für uns alle den Kopf hinhalten. Ich bin unseren Polizistinnen und Polizisten sehr dankbar für ihre Arbeit. Sie schaffen Sicherheit bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb müssen wir über Verbesserungen bei den Zulagen und zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten reden.

4.

*In Hamburg besteht bei den dortigen Polizistinnen und Polizisten eine gesteigerte Zufriedenheit aufgrund der dort vor einiger Zeit vereinbarten Zulagenregelungen zwischen Senat und DPolG. Ist beabsichtigt im Rahmen der norddeutschen Zusammenarbeit „über den Tellerrand zu schauen“ um Hamburger Regelungen zu übernehmen?*

Ich kann den Vorschlägen des Innenministers nicht vorgreifen. Aber ich gehe davon aus, dass er diesen Blick über den Tellerrand vornimmt, bevor er uns seine Vorschläge präsentiert.

5.

*Neben kurzfristig zügig umsetzbaren Ideen spielt auch die Schaffung zusätzlicher Stellen eine große Rolle. Wie geht es dort weiter?*

SPD und CDU haben sich zu Beginn der Wahlperiode darauf geeinigt, 150 zusätzliche Stellen bei der Polizei zu schaffen. Das wird umgesetzt. Wir haben in der letzten Sitzung des Koalitionsausschusses darüber gesprochen, im Zuge des angesprochenen Konzepts noch weitere Polizeistellen zu schaffen.

6.

*Wie geht es jetzt weiter?*

Sobald die Vorschläge des Innenministers auf dem Tisch liegen, werden wir uns darüber unterhalten und verständigen.